

HORST PÖTTKER

Das Fernsehen und die Krise der Parteien

Inhaltsanalysen als Beiträge zur politischen Soziologie

Die quantitative Inhaltsanalyse steht in einem schlechten Ruf; auch kompetente Kritiker behaupten, die Resultate, welche mit diesem Verfahren der empirischen Sozialforschung hervorgebracht worden sind, seien verglichen mit dem methodologischen Wesen, das von ihm gemacht wird, dürftig. Das emsige Codieren, Zählen und Rechnen habe sich nicht gelohnt, der empirisch-analytische Berg, der da kreißte, habe allenfalls Ergebnis-Mäuse geboren.¹

An dem Urteil ist soviel richtig, daß die methodologische Literatur über dieses Thema, zu dem bis Mitte der sechziger Jahre in deutscher Sprache so gut wie nichts vorlag, mittlerweile enorm angeschwollen ist. Das jüngste umfangreiche Buch zur Inhaltsanalyse ist 1983 erschienen.² Diese methodologischen Arbeiten nehmen aufeinander Bezug, es gibt so etwas wie eine Forschungstradition. Den noch zahlreicheren Inhaltsanalysen selbst, die im gleichen Zeitraum über westdeutsche Massenmedien entstanden sind, fehlt aber solcher Zusammenhang. Ihre Ergebnisse stehen bisher ziemlich unverbunden nebeneinander, es gibt keinen Überblick über den Forschungsstand, geschweige denn theoretische Folgerungen daraus.

Hingegen ist es ein Vorurteil, interessante und verallgemeinerungsfähige Ergebnisse würden gar nicht existieren. Wer das behauptet, hat sich nicht die Mühe gemacht, das vorhandene Material tatsächlich in Augenschein zu nehmen. Eine Reihe von Inhaltsanalysen hat aus gesellschaftstheoretischer oder -politischer Sicht durchaus beachtenswerte Resultate erbracht. Zur Entschuldigung des in Mode gekommenen Pauschalverdikt über die quantitative Inhaltsanalyse muß man allerdings sagen, daß diese Untersuchungen sich der Tragweite ihrer eigenen Befunde nicht immer bewußt sind. Das ist besonders dort der Fall, wo Ergebnisse nicht in das Bild des theoretischen Vorverständnisses passen.

Die vorliegenden Inhaltsanalysen konzentrieren sich auf bestimmte Fragenkomplexe. Dazu gehören: das Bild der Frau in verschiedenen Massenmedien;³ die Berichterstattung über die Dritte Welt sowie das Bild der farbigen Völker im Kinder- und Jugendbuch;⁴ die mediale Wiedergabe regionalen und lokalen Geschehens;⁵ ideologische Momente der Fernsehunterhaltung und des Boulevardjournalismus;⁶ die Darstellung von Kriminalität;⁷ hinzu kommen themenübergreifende Studien etwa zu den journalistischen Selektionskriterien oder zum demokratischen Niveau von Medieninhalten.⁸ Auch die Thematik der folgenden Überlegungen gehört zu den gut untersuchten: das Bild der politischen Parteien im Fernsehen.⁹ Hier wie bei den anderen genannten Problemkomplexen ist es an der Zeit, die Erträge der Forschung zu sichten und eine vorläufige Bilanz zu ziehen.

Allerdings klaffen auch Lücken, deren Schließung gerade angesichts aktueller Probleme dringlich erscheint. Kaum untersucht ist z. B., welches Bild die Massenmedien von den »Gastarbeitern« entwerfen¹⁰, was im Zusammenhang mit der zunehmenden Ausländerfeindlichkeit von Interesse wäre. Ebenfalls noch weitgehend unerforscht ist, welche Einstellungen und Verhaltensweisen Presse und Rundfunk hinsichtlich des Umweltschut-

zes, der Arbeitslosigkeit oder der zivilen und militärischen Nutzung der Atomenergie in der Bevölkerung fördern.¹¹ Angesichts der wieder zunehmenden Beliebtheit des Hörfunks als Unterhaltungs- und Informationsquelle während der Arbeit ist weiterhin als Defizit anzusehen, daß die heute üblichen Hörfunkprogramme bisher nur wenig analysiert worden sind.¹²

Die hier wiedergegebenen Eindrücke von Schwerpunkten und Lücken der inhaltsanalytischen Forschung erheben nicht den Anspruch, systematisch oder gar vollständig zu sein. Dazu bedürfte es einer Auswertung aller einschlägigen empirischen Arbeiten in den Kategorie-Dimensionen »untersuchtes Medium«, »thematischer Ausschnitt des medialen Angebotes«, »theoretischer Hintergrund der Fragestellung« usw. Eine solche *Inhaltsanalyse von Inhaltsanalysen* würde den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen.

Im Themenbereich »Fernsehen und politische Parteien« sind zwei Forschungsperspektiven zu erkennen, die sich grundlegend unterscheiden, auch wenn man aus beiden vorwiegend Material aus Wahlkampfjahren untersucht hat. Die eine stellt die Frage in den Mittelpunkt, ob das Fernsehen bestimmte Bundestagsparteien begünstigt, indem es ihnen mehr oder eine bessere Publizität verschafft als anderen. In diesem Zusammenhang ist vor allem die von Kepplinger und Noelle-Neumann vertretene These einer Linkslastigkeit¹³ diskutiert worden, deren empirische Solidität verschiedene Wissenschaftler bezweifelt haben.¹⁴ Im folgenden will ich die Ergebnisse des anderen Ansatzes durchleuchten, der die Frage ins Zentrum rückt, ob es den etablierten Parteien insgesamt gelingt, das öffentlich-rechtliche Fernsehen, in dessen Aufsichtsgremien sie maßgeblich vertreten sind, für ihre Interessen zu instrumentalisieren. Mit diesem Problemkomplex haben sich vor allem Walter Ruhland und eine Autorengruppe um Heribert Schatz beschäftigt; Ruhland hat die innenpolitischen Fernsehmagazine des Wahljahres 1976 untersucht, Schatz und Mitarbeiter die Fernsehnachrichtensendungen von ARD und ZDF im Frühjahr 1977.¹⁵

ZUR THEORETISCHEN GRUNDLAGE DER STEUERUNGSTHESE

Dem normativen Hintergrund dieser Arbeiten zuzustimmen fällt nicht schwer. Sie gehen letztlich von den Ansprüchen aus, die die Regierten gegenüber den Politikern und den Massenmedien haben. Wenn im Interesse einer breiten Bevölkerungsmehrheit regiert werden soll und wenn man realistischerweise annimmt, daß die Regierenden aufgrund ihrer Machtposition aus dieser breiten Mehrheit herausgehoben sind und besondere, nicht verallgemeinerungsfähige Interessen haben, kommt es auf eine wirksame Kontrolle der Herrschaftselite von unten an. Die Institutionen des demokratischen Rechtsstaates: Gewaltenteilung, gleiche und geheime Wahlen, Budgetrecht des Parlaments usw., ermöglichen diese Kontrolle formal. Soll sie wirklich funktionieren, setzt das auf der Seite der Regierten auch noch Informiertheit sowie Kritik- und Teilnahmebereitschaft voraus.¹⁶ Dies sind die konstituierenden Elemente einer Öffentlichkeit, die den Staat an das Allgemeinwohl bindet. Sie ist in einer hochkomplexen Industriegesellschaft, in der die unmittelbare Erfahrung des einzelnen nur sehr kurz greift, ohne Massenmedien nicht herzustellen. Nur wenn die sozialen Probleme rechtzeitig bekannt gemacht werden, die eine in hohem Tempo sich wandelnde Gesellschaft zu verarbeiten hat, und nur wenn der Herrschaftselite gegenüber aktives Mißtrauen verbreitet ist, kann Demokratie gelingen. Deshalb gehört die Pressefreiheit zu jeder demokratischen Verfassung und die Sorge, daß die Presse ihre Funktion als recherchierende und kritisierende »vierte Gewalt« auch

tatsächlich erfüllt, zu den normativen Standards der politischen Soziologie;¹⁷ das gleiche bezieht sich heute auch auf die elektronischen Massenmedien.

Solche Wertmaßstäbe stehen bei Ruhland und Schatz im Hintergrund; ihre Frage nach der Instrumentalisierung des Fernsehens unterscheidet sich im Grunde nur durch das umgekehrte Vorzeichen von der Frage nach der Erfüllung einer demokratischen Kritik- und Kontrollfunktion. Allerdings werden die normativen Gehalte des theoretischen Vorverständnisses nicht diskutiert. Bei Schatz und Mitarbeitern lassen erst die Formulierungen der Ergebniszusammenfassung explizit erkennen, daß die Autoren mit der von ihnen festgestellten »Dominanz des politisch-administrativen Systems über das Massenkommunikationssystem«¹⁸ nicht einverstanden sind. Auf der allerletzten Seite wird schließlich der Hoffnung Ausdruck gegeben, »das Fernsehen möge den parteipolitischen Entartungen unseres demokratischen Systems nicht auch noch durch einen immer unverhohlener hervortretenden Byzantinismus der politischen Berichterstattung die Krone aufsetzen«.¹⁹ Im Widerspruch zu diesen Schlußbemerkungen spricht die Einleitung sogar abschätzig von einem »idealistischen Funktionskatalog des demokratisch-normativen Modells«.²⁰

Die Verschwommenheit des durchaus zustimmungswürdigen normativen Hintergrundes hat bei Ruhland und Schatz ähnliche Ursachen: In beiden Fällen wird er durch ein systemtheoretisches Denkschema überlagert. Das gegenwärtige Vorherrschen der Systemtheorie in der deutschsprachigen Sozialwissenschaft geht einerseits auf den bestimmenden Einfluß amerikanischer Vorbilder, vor allem Talcott Parsons', in der Nachkriegsphase, andererseits auf die Neuentdeckung des Marxismus infolge der Studentenbewegung zurück. Diese beiden Traditionen sind merkwürdige, aber keineswegs unlogische Verbindungen miteinander eingegangen, das zeigt z. B. die von Horst Holzer 1973 vorgelegte »Kommunikationssoziologie«²¹, die das Vordringen des systemtheoretischen Paradigmas auch in der Kommunikationswissenschaft beschleunigt hat.

Das Charakteristikum linker wie rechter Systemtheorie ist bekanntlich, gesellschaftliche Gebilde unter dem Aspekt ihrer Funktionalität (bzw. Dysfunktionalität) für die bestehende Sozialstruktur zu betrachten. Schatz geht z. B. davon aus, daß der Rundfunk als ein für politisch-administrative Steuerungsinteressen besonders zugängliches Massenmedium gegenwärtig zwei Funktionen hat: »1. die Funktion der Bedürfnisdisziplinierung/Anforderungsreduzierung im Rahmen einer kurzfristig wirkenden Demobilisierungs- und einer längerfristig wirkenden Sozialisationsfunktion; 2. die Funktion, symbolischen gegenüber kostenwirksamen Strategien zur Sicherung der notwendigen Massenloyalität zum Durchbruch zu verhelfen.«²²

Ob und zu welchen Zwecken das politisch-administrative System, hier konkret die etablierten Parteien, das System der Massenkommunikation, hier konkret die Fernsehnachrichten, dominiert und instrumentalisiert, wird also quasi nur als rhetorische Frage an den Anfang gestellt. Die von vornherein unterstellte Antwort lautet: Als untergeordnetes Element einer Hegemonialstruktur produziert das Fernsehen Systemloyalität, indem es seine Rezipienten vermittels symbolischer Ersatzbefriedigungen entpolitisiert. Der Autorengruppe ist dabei offensichtlich selbst nicht klar, ob dieser Gedanke axiomatische oder hypothetische Geltung haben soll. Widersprüche, an denen eine Veränderung der Gesellschaft durch ihre Mitglieder ansetzen könnte, werden bei solchem Vorgehen zwar nicht ausdrücklich ausgeschlossen, aber in der Praxis gern übersehen oder funktional mißdeutet.

Auch marxistisch orientierte Ansätze in der Massenkommunikationsforschung haben in der Regel einen funktionalistischen Einschlag. Die von Karl Marx geprägte Sentenz, derzufolge das ökonomische Sein das Bewußtsein bestimmt, stellt, zumal wenn die Möglichkeit von Widersprüchen zwischen ökonomischer Basis und kulturellem Überbau nicht berücksichtigt wird, die sich hinter dem Rücken der Redakteure durchsetzende Funktion der Medien heraus, das bestehende System zu stabilisieren: sei es als Stimulans der Warendistribution (Werbung), als entspannendes Hilfsmittel bei der Reproduktion verschlissener Arbeitskraft (Unterhaltung) oder als legitimierende Ideologie (politische Information).

Ruhland führt zwar keine Schrift von Marx in seinem Literaturverzeichnis auf, aber er stützt sich auf Arbeiten Holzers und andere marxistische Sekundärliteratur zur Massenkommunikation, in der sich ein mechanistisches Verständnis des Basis-Überbau-Gedankens durchgesetzt hat. Daß der Text Ruhlands mit den Residuen eines linken Funktionalismus durchsetzt ist, dessen Berechtigung, sich auf Marx zu berufen, ich hier nicht untersuchen will, wird besonders in seinem Anfangskapitel mit dem Titel »Funktionen der Massenkommunikation und der Parteien unter den Bedingungen einer hergestellten Öffentlichkeit«²³ deutlich. Dort heißt es kurz und bündig von den Massenmedien: »Sie sind sowohl Informations- und Meinungsträger als auch Werbeträger . . . Diese Verflechtung bedeutet, daß die Massenmedien nicht mehr im Dienste einer öffentlichen Meinung als einer kritischen Instanz stehen können.«²⁴ Indem Ruhland das gleich zu Beginn als Gesetzmäßigkeit feststellt, hat sich seine empirische Forschungsabsicht im Grunde erübrigt.

Schatz und seine Mitarbeiter haben gespürt, daß die normativen Ideen, die in ihrer und Ruhlands Untersuchung den *Entdeckungszusammenhang* bilden, und die systemtheoretische Perspektive, die ihnen als *Erklärungszusammenhang* dient und dabei die Frage nach der Unabhängigkeit und Kritikfähigkeit des Fernsehens in die Gesetzmäßigkeit seiner Instrumentalisierung durch die Herrschaftselite verwandelt, schwer miteinander in Einklang zu bringen sind. Das kommt z. B. in einer Formulierung zum Ausdruck, die sich auf die Herleitung und theoretische Verortung ihrer Problemstellung bezieht: »Hierfür kommen in einem ersten Schritt – vor allem wegen der Kompatibilität mit unserem Modell – systemtheoretische Ansätze in Frage, die die zu behandelnden Probleme frei von demokratisch-normativen Wunschbildern theoretisieren. In diesem Zusammenhang ist auf Luhmann zu verweisen . . .«²⁵

Systemtheorie und normative Demokratietheorie stehen sich jedoch nicht wie lebenserfahrener Realismus und naiver Idealismus gegenüber. Die Divergenz dieser Theorieansätze liegt vielmehr darin, daß sie den Akzent auf zwei unterschiedliche Eigenschaften legen, die die Realität Gesellschaft immer beide hat. Während die Systemtheorie mit der Funktionalität sozialer Gebilde letztlich betont, daß Menschen sie sich zu eigen machen und z. B. Werte und Normen internalisieren, heben normative Handlungstheorien den Aspekt der Externalisierung²⁶ hervor, die Eigenschaft der sozialen Gebilde also, das Werk der an ihnen beteiligten Menschen zu sein, die deshalb ihre gesellschaftlichen Verhältnisse verändern können. Normative Theorien machen die Maßstäbe der Veränderungsbedürftigkeit bewußt, damit die Empirie sich ihrer als Werkzeuge der Realitätswahrnehmung bedienen kann. Auf diese Weise erweitern sie den Spielraum für Veränderungsmöglichkeiten und dienen einem ideologiekritischen Erkenntnisinteresse daran, daß Menschen sich

aus unbewußten zu selbstbewußten Subjekten der Verhältnisse wandeln, in denen sie leben.

Funktionalistische und normative Theoriebildung schließen sich nicht aus, ebensowenig wie Internalisierung und Externalisierung sich ausschließen, weil Gesellschaft beides gleichzeitig ist: anzueignende Faktizität und im Lichte besserer Möglichkeiten auszugestaltende Vorläufigkeit. Es ist also an sich nicht verkehrt, sondern im Interesse der Angemessenheit an eine komplizierte Sache sogar erstrebenswert, wenn, wie es bei Schatz und Ruhland der Fall ist, beide Theoriebildungsweisen in eine Untersuchung eingehen. Allerdings bleibt, und das ist die Schwäche nicht nur dieser beiden Arbeiten, das Verhältnis von normativen und systemtheoretischen Anteilen ungeklärt. Das Gemenge, zu dem sie sich zusammenschieben, war schon zu Zeiten Max Webers in der Sozialwissenschaft endemisch. Im Mittelpunkt der oft als »positivistisch« mißverstandenen Weberschen Metatheorie steht daher die Idee der Entwirrung, die aber keinem der beiden voneinander geschiedenen Teile seine Existenzberechtigung innerhalb der Wissenschaft nehmen will.²⁷ Auch in der inhaltsanalytischen Forschung, zu deren Initiatoren in Deutschland Weber gehört²⁸, sind in dieser Hinsicht bis heute offenbar keine großen Fortschritte erzielt worden.

Schatz und seine Mitarbeiter tun die normative Demokratietheorie, ohne die sie gar nicht auf ihre Fragestellung gekommen wären, zwischen den Zeilen als Idealismus und Weltfremdheit ab. Die Chancen des Fernsehens, seine Kritik- und Kontrollaufgaben zu erfüllen, werden aber sicher nicht dadurch erhöht, daß die Sozialwissenschaft und ihre Rezipienten diese Erwartung von vornherein fallen lassen. Eine explizite Fundierung des Verhältnisses von Normativität und Systemtheorie hätte dazu führen können, aufgrund der mittels funktionalistischer Theorieanteile zustande gekommenen Befunde die Grenzen zu bestimmen, mit denen die Absicht, das »System« in Richtung demokratietheoretischer Postulate zu verändern, vorläufig zu rechnen hat. Dabei würde die Möglichkeit emanzipativen Fortschritts wissenschaftlich untersucht und gefördert, nicht – wie am Ende bei Schatz – einer hilflosen Hoffnung anheimgestellt.

EMPIRISCHE BELEGE FÜR DIE STEUERUNGSTHESE

Wie aufgrund der vorausgesetzten Systemzwänge nicht anders zu erwarten, kommen sowohl Ruhland als auch Schatz zu dem Ergebnis, das Fernsehen werde durch die Herrschaftselite (in Gestalt der Führungsspitzen der etablierten politischen Parteien) tatsächlich dominiert und instrumentalisiert, so daß es seine Aufgaben als demokratische Kritik- und Kontrollinstanz nicht erfüllen kann. Ruhland bringt dafür folgende Belege:

○ In fast drei Vierteln der untersuchten Magazinbeiträge (74 v. H.) kommen die Parteien vor, in über der Hälfte (55 v. H.) nehmen sie erheblichen Raum ein, in über einem Drittel (38 v. H.) stehen sie im Zentrum des berichteten Geschehens.²⁹

○ Wenn die innenpolitischen Magazine sich mit den Parteien beschäftigen, was ja häufig geschieht, dann ganz überwiegend mit deren Bundesebene (76 v. H.), während Arbeitsgemeinschaften, Jugendorganisationen, Kreis-, Orts- oder Stadtteilverbände sowie einzelne Mitglieder viel seltener zum Gegenstand der Berichterstattung werden (insgesamt 20 v. H.).³⁰

○ Beiträge der Magazine, die sich mit den Parteien beschäftigen, konzentrieren sich auf wenige Spitzenpolitiker. 1976 waren das im wesentlichen nur vier: »Strauß (252 Nennun-

gen), Schmidt (227), Kohl (169) und Brandt (113). Es schließen sich, allerdings bereits mit beträchtlichem Abstand, die Politiker Biedenkopf (87), Dregger (44), Koschnick (40) und Albrecht (39) an.³¹

○ Im Rahmen der Konzentration auf die etablierten politischen Parteien haben die Regierungsparteien nicht nur beim Wähler, sondern auch bei der Berichterstattung im Fernsehen noch einen Sonderbonus. 1976 traten in den innenpolitischen Magazinen die Parteien der damaligen sozial-liberalen Regierungskoalition in 51 v. H. der in Frage kommenden Fälle als Handlungsträger auf, die Parteien der damaligen Opposition nur in 42 v. H.³²

○ »Die innenpolitischen Magazine unterliegen in ihrer Themenauswahl in starkem Maße dem Rhythmus parlamentarischer Arbeits- und Verfahrensweise.«³³ Insbesondere weist Ruhlands Inhaltsanalyse eine Synchronisation zwischen den Wahlkampfaktivitäten der Parteien und der Berichterstattung der innenpolitischen Magazine nach: In der parlamentarischen Sommerpause, als der Wahlkampf abflaute, sank auch der Anteil parteibezogener Beiträge nahezu auf Null, kurz darauf schnellte er während der »heißen Phase« des Wahlkampfes in extreme Höhe, um nach der Wahl im Oktober 1976 wieder auf seinen Durchschnittswert zu sinken.³⁴

○ In der Berichterstattung der Magazine werden häufig Schlagworte wie »Freiheit«, »politische Mitte«, »liberal« usw. benutzt, die die Parteien als Parolen im Wahlkampf verwenden. Den Politikern gelingt es also, im Fernsehen ihre eigenen Sprachregelungen zu etablieren. Daß diese Wendungen tatsächlich überwiegend im Sinne der Wahlkampfstrategien der Parteien gebraucht werden, geht z. B. aus einer hohen Korrelation zwischen der Kategorie »Parteibezogenheit« und dem Ausdruck »Freiheit« hervor. »Solange sich die Magazine politischen Sprachregelungen unreflektiert anpassen, droht die Gefahr, daß sie (ungewollt) zu Mitakteuren von Kampagnen werden und damit ihre Aufgabe, kritisch aufzuklären, nicht erfüllen können.«³⁵

Einige Befunde beziehen sich nicht auf das Bild der Parteien selbst, sondern auf die gesellschaftlichen Konflikte, an deren Bewältigung sich die Kompetenz der Politiker zu erweisen hätte. Dazu stellt Ruhland fest, in den Magazinen seien die drängendsten sozialen Probleme jedenfalls in den Sendungen des Wahljahres 1976 entweder nur selten (Umweltzerstörung)³⁶ oder nur oberflächlich (Arbeitslosigkeit)³⁷ behandelt worden. Auch daraus könnte man den Schluß ziehen, die Parteien würden dem Wähler vom Fernsehen so präsentiert, wie sie ihm selbst erscheinen möchten.

Ruhland weist nur auf wenige Punkte hin, an denen sich die Grundthese seiner Untersuchung nicht bestätigt: für das von Franz Alt moderierte »Report«-Magazin des Südwestfunks trafen die eben aufgezählten Befunde nur in abgeschwächter Form zu, was auf eine größere Unabhängigkeit dieser Sendung von den Parteien schließen läßt;³⁸ in »Monitor« und »Panorama« wurden die Begriffsstrategien der Parteien in ihrem »semantischen Krieg« (»Freiheit oder Sozialismus« bei der Union versus »Freiheit durch Sozialismus« bei der SPD) explizit analysiert³⁹; und »die quantitative Vorrangstellung von SPD und FDP« ergab sich »fast ausschließlich aus der Kritik an der Regierungstätigkeit dieser Parteien«⁴⁰, was sich immerhin als Indiz dafür deuten läßt, daß das Fernsehen seine Kritik- und Kontrollaufgaben doch in gewissem Umfang wahrnimmt.

Schatz und Mitarbeiter bringen ganz ähnliche Belege für die Instrumentalisierungsthese bei wie Ruhland:

○ Auch in den Nachrichtensendungen entfallen »namhafte Anteile der Nennungen von Personen und Institutionen . . . auf die politischen Parteien.«⁴¹

○ Das Regierungslager hat »rein quantitativ deutlich größere Publikationschancen«⁴², was nach einer früheren Untersuchung von Schatz auch zur Zeit der Großen Koalition schon der Fall war, also kaum etwas mit linksliberalen Parteipräferenzen der Fernsehjournalisten zu tun haben kann.⁴³

○ Es zeigt sich, »daß die Funktionsebenen des politisch-administrativen Systems in den Fernsehnachrichten ganz überwiegend in aktiven Rollen in Erscheinung treten . . .«⁴⁴

○ Der Prozeß politischer Willensbildung und Entscheidung wird in den TV-Nachrichten »ganz überwiegend durch . . . die Problembearbeitung im engsten Rahmen von Regierung, Koalitionsparteien und Ministerialverwaltung repräsentiert . . .«⁴⁵

○ » . . . Mehr als die Hälfte aller Ereignisse, über die die Fernsehnachrichten berichten, sind . . . »künstliche« Ereignisse – vom politisch-administrativen System voll oder zumindest teilweise bezüglich ihrer Inhalte, ihres Zeitpunkts und ihres Verlaufs gesteuert und mehr oder weniger publikumswirksam in Szene gesetzt.«⁴⁶

○ Der Grad der »Personalisierung« ist beim Sachgebiet Politik im Vergleich zu anderen Themenbereichen wie Wirtschaft, Unglücksfälle und sogar Sport am höchsten, hier findet sich z. B. der größte Anteil von Meldungen, in denen eine Person allein oder dominant auftritt.⁴⁷

Auch Schatz und Mitarbeiter machen nur zaghafte Andeutungen, daß einige Resultate ihrer Inhaltsanalyse vielleicht doch nicht ganz ins Bild »einer vom politisch-administrativen System instrumentalisierten Berichterstattung passen«.⁴⁸ Sie weisen in diesem Zusammenhang auf formale Merkmale der Fernsehberichterstattung⁴⁹ sowie auf gewisse Unterschiede zwischen »Tagesschau« und »heute« hin, die darauf schließen lassen, daß die ARD etwas stärker als das ZDF um Unabhängigkeit vom politisch-administrativen System bemüht ist, in dessen Machtzentrum die Führungsspitzen der etablierten Parteien stehen. Z. B. war im Untersuchungszeitraum der Anteil der »voll steuerbaren« Berichtereignisse (Staatsbesuche, Kabinettsitzungen usw.) in den ZDF-Nachrichten etwas höher als in den ARD-Nachrichten (23,6 v. H. gegenüber 21,2 v. H.).⁵⁰

WIE KONNTE ES ZUR PARTEIENVERDROSSENHEIT KOMMEN?

Trotz der beeindruckenden empirischen Befunde, die die Instrumentalisierungsthese stützen, hat sie für den auch nur halbwegs über das politische Zeitgeschehen Informierten etwas Unbefriedigendes. Sie bietet nämlich keine Erklärung dafür an, daß sich in der Bevölkerung Verdrossenheit über die etablierten Parteien bemerkbar macht, woran spätestens seit dem Einzug der »Grünen« in den Deutschen Bundestag kein Zweifel mehr bestehen kann. Unmittelbare Erfahrung mit den politischen Institutionen haben nur wenige; das allermeiste, was in der Bevölkerung über die Parteien bekannt ist, stammt direkt oder interpersonal vermittelt aus den Massenmedien, insbesondere dem für die überregionale politische Information attraktivsten Medium Fernsehen.⁵¹ Weshalb also traut vor allem ein erheblicher Teil der Jugend⁵² den Politikern der etablierten Parteien weder Kompetenz noch guten Willen zu, wenn das Fernsehen über diese Politiker tatsächlich so berichtete, wie sie selbst gern dargestellt sein wollen?

Eine Erklärung könnte sein: Die Parteienverdrossenheit ist nicht wegen, sondern *trotz* des Bildes der Parteien im Fernsehen, sozusagen an ihm vorbei, entstanden.⁵³ Die

Menschen nehmen die Bedrohung durch soziale Probleme wie Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung *unmittelbar* wahr, deshalb können Zweifel an der Fähigkeit der verantwortlichen Politiker aufkommen, auch ohne daß die Massenmedien an ihnen Kritik üben müßten. Viele Bürger haben mittlerweile einen Arbeitslosen in Familie oder Bekanntenkreis, und angesichts des Waldsterbens werden unbehagliche Umwelterfahrungen bald auch im Urlaub kaum noch zu vermeiden sein. An dieser Erklärung ist sicher etwas Richtiges; wenn weite Bevölkerungsteile nicht mit den Folgen von Fehlentwicklungen in unserer Gesellschaft unmittelbar in Berührung gekommen wären, hätte es kaum zu den tiefgreifenden Veränderungen im Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland kommen können, das ein Vierteljahrhundert lang außerordentlich stabil erschien.

Dennoch reicht diese Erklärung nicht aus, denn die unmittelbare Wahrnehmung von Mißständen führt nur dann zu einer kritischen Einstellung gegenüber der Herrschaftselite, wenn deren Verantwortlichkeit nicht durch ideologische Feindbilder überdeckt wird. Gegen wen sich Aggressivität schließlich richtet, die durch Frustrationen im direkten Zusammenhang mit sozialen Problemen zustande kommt, darauf haben Massenmedien und insbesondere das Fernsehen einen entscheidenden Einfluß. Warum das heute in Deutschland *auch* die etablierten Parteien sind und nicht nur die Ausländer und andere »Sündenböcke«, dafür sind den von Ruhland und Schatz erhobenen Daten interessante Hinweise zu entnehmen.

DAS FERNSEHEN STELLT DIE GEGENSEITIGE KRITIK DER PARTEIEN IN DEN VORDERGRUND

Bei Ruhland, Schatz und anderen finden sich empirische Ergebnisse, die nicht ins Bild der Instrumentalisierungsthese passen und die man aufgrund ihrer Häufung auch nicht allein als zufällige Ausnahmen von der Regel deuten kann. Vielmehr weisen sie darauf hin, daß das Fernsehen die Parteien und ihre Führungsspitzen oft gerade *nicht* so darstellt, wie sie selbst vom Wähler gesehen werden möchten. Allerdings dürfte dies nicht einer vermeintlichen Unabhängigkeit des Fernsehens zu verdanken sein, sondern der Struktur der westdeutschen Machtelite in Verbindung mit ihrer Einflußnahme auf das Fernsehen selbst. Die Autoren haben solche sperrigen Ergebnisse ihrer eigenen Arbeit nur beiläufig erwähnt, was vermutlich mit ihrer systemtheoretischen Perspektive zu tun hat.

Ruhland stellt wiederholt fest, daß die Berichterstattung der innenpolitischen Magazine, denen mit Ausnahme von »Report (Baden-Baden)« nicht zuletzt aufgrund von Selbstzeugnissen deutliche Affinitäten zu bestimmten Parteien nachzuweisen sind (»Panorama«: SPD; »Monitor«: FDP; »Report [München]«: CDU; »ZDF-Magazin«: CSU), sich eher am politischen Gegner als an den Politikern orientiert, mit denen das betreffende Magazin sympathisiert. Der damalige SPD-Kanzler Schmidt wurde im Untersuchungszeitraum in »Panorama« nur 14mal erwähnt, im »ZDF-Magazin« dagegen 101mal; der CSU-Vorsitzende Strauß war im »ZDF-Magazin« nur 28mal vertreten, während er in »Panorama« 70mal genannt wurde. »Ähnliches gilt für den SPD-Vorsitzenden Brandt, der im »ZDF-Magazin« mit 48 Nennungen häufiger erwähnt wird als bei »Panorama« (23).«⁵⁴ In »Report (München)« entfielen 58 v. H. der Parteinennungen auf SPD oder FDP und nur 37 v. H. auf CDU oder CSU, im »ZDF-Magazin« 53 v. H. auf SPD oder FDP und nur 39 v. H. auf die Unionsparteien.⁵⁵ Der von der Union geprägte Slogan »Freiheit oder Sozialismus« dominierte in »Panorama« und »Monitor« gegenüber dem von der sozial-liberalen Koalition geprägten »liberal«, während es sich in »Report (München)« und »ZDF-Magazin«

gerade umgekehrt verhielt. Nur in »Report (Baden-Baden)« kamen beide Slogans etwa gleich häufig vor.⁵⁶

Schatz und Mitarbeiter haben Nachrichtensendungen analysiert, deren Redaktionen nicht so deutlich mit bestimmten Parteien sympathisieren wie die Redaktionen der innenpolitischen Magazine. Dennoch weisen manche Resultate in eine ähnliche Richtung wie bei Ruhland: z. B. hatten die Politiker des Regierungslagers zwar einen Amts-Bonus, was die bloße Zahl ihrer Erwähnungen angeht, aber die CDU/CSU-Opposition wurde durchweg in aktiveren Rollen dargestellt als die Regierungspartei SPD und ihre Politiker (Tabelle 1).

Es bietet sich an, das aktivere Bild des Unionslagers aus seiner damaligen Oppositionsrolle zu erklären. Allerdings ist es nicht typisch für eine parlamentarische Opposition, auf allen Gebieten der Politik aktiver zu sein als die Regierung (auf den meisten fällt vielmehr der Regierung die aktivere Rolle zu), sondern sie hat lediglich bei der verbalen Kritik an der Regierungspolitik den aktiveren Part.⁵⁸ Wenn die Opposition in den Nachrichtensendungen aktiver erscheint als die Regierung, läßt das also darauf schließen, daß die parlamentarisch orientierte Kritik an der Regierung (oder im weiteren Sinne am anderen politischen Lager) ein bevorzugter Objektbereich der Fernsehberichterstattung ist. Die Parallellität zu Ruhlands Feststellung, die innenpolitischen Magazine würden sich am politischen Gegner orientieren, ist kaum zu übersehen: Im Fernsehen wird verbale Kritik am anderen politischen Lager offenbar sowohl mit Vorliebe dargestellt als auch von den Redakteuren selbst geübt.

In einer Untersuchung von Baker, Norpoth und Schönbach zu den abschließenden Fernsehdebatten der Spitzenkandidaten in den Wahlkämpfen 1972 und 1976 findet sich ein weiterer Beleg dafür, welch breiten Raum die gegenseitige Kritik der konkurrierenden Fraktionen der Herrschaftselite im Fernsehen einnimmt. Ein auffälliges Merkmal jener Fernsehdebatten war, daß die Spitzenkandidaten die meiste Zeit darauf verwendeten, die Kontrahenten mit negativen Attributen zu belegen, während die positive, werbende Darstellung der eigenen Position – zumal bei der Opposition – demgegenüber kürzer ausfiel.⁵⁹ (Diese Debattenstrategie wurde übrigens gewählt, obwohl offenbar diejenigen Kandidaten beim Zuschauer bzw. Wähler am besten ankommen, die am wenigsten negative Argumente benutzen!⁶⁰) Worauf man das Überwiegen negativer Argumente auch zurückführt: auf Anpassung der Spitzenkandidaten an die Gepflogenheiten des publizitätsmächtigen Mediums oder auf Anpassung des Fernsehens an die Gepflogenheiten der Herrschaftselite (wahrscheinlich handelt es sich um Wechselwirkungen) – das Bild, das auch in diesen Debattensendungen von den Parteien und ihren führenden Politikern entstand, war im wesentlichen durch die Brille des politischen Konkurrenten gesehen.

Befunde dieser Art tauchen also in der Literatur immer wieder auf und beziehen sich überdies auf ganz verschiedene Typen von Sendungen. Daher kann es sich kaum um einen

Aktivitätsquotienten von Spitzenpolitikern⁵⁷

Tabelle 1

Bundeskanzler Schmidt	2,8	8,8	Oppositionsführer Kohl
SPD-Vorsitzender Brandt	5,7	5,8	CSU-Vorsitzender Strauß
SPD-Partei	1,9	3,1	CDU-Abgeordnete

zufälligen oder gelegentlichen Sachverhalt handeln; vielmehr müßte er aus einem sozio-politischen Zusammenhang erklärt werden können. Der folgende Versuch dazu benennt zunächst mögliche Ursachen und danach mögliche Auswirkungen.

ANPASSUNG UND KRITIK SIND NICHT UNVEREINBAR

Die Dominanzthese ist zweifellos insofern zutreffend, als von den Aufsichtsgremien des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, in denen die etablierten Parteien offen (über ihre von ihnen selbst dorthin entsandten Vertreter) oder verdeckt (über die Vertreter von »gesellschaftlich relevanten Gruppen«, die mit den Parteien verflochten sind) den Ton angeben, ein ständiger Anpassungsdruck auf die Rundfunkjournalisten ausgeht. Dieser Druck, über den Redakteure, die es wissen müssen, anschaulich berichtet haben⁶¹, bewirkt offenbar, daß die Bundestagsparteien als Objekte der politischen Berichterstattung im Fernsehen bevorzugt werden; dies drückt sich vor allem in einer hohen Zahl von Nennungen der Parteien und ihrer Spitzenpolitiker aus, die freilich über den Bewertungszusammenhang, in dem diese Nennungen erfolgen, noch nichts besagt.

Mit dem Anpassungsdruck der Parteien konkurriert bei den meisten Fernsehjournalisten ein Selbstverständnis, das zur Erfüllung jener Aufgaben der Massenmedien verpflichtet, ohne die Demokratie in einer hochkomplexen Gesellschaft nicht zu verwirklichen ist: rechtzeitiges Aufspüren und Aufdecken von Mißständen, wachsame Kontrolle der Herrschaftselite und beharrliche Anleitung des Publikums zu Teilnahme- und Konfliktbereitschaft. Daß Fernsehredakteure sich subjektiv zu diesen Aufgaben bekennen, ist schon deshalb anzunehmen, weil Journalisten ebenso wie andere Menschen ein basales Bedürfnis nach Sinn haben, das sich in ihrem Beruf am besten befriedigen läßt, wenn sie von dessen Nutzen für die Allgemeinheit überzeugt sind. Nicht nur einzelne Redakteure, auch ganze Redaktionen pflegen sich ausdrücklich zu einer demokratisch-liberalen oder sozialkritischen Grundhaltung zu bekennen.⁶² Eine Befragung von 81 Mainzer Journalisten und Fernsehredakteuren im Jahre 1976 ergab: 98 v. H. von ihnen verstanden sich als »Kritiker von Mißständen«, 72 v. H. als »Vertreter unterprivilegierter Bevölkerungsteile« und 68 v. H. als »Wächter der Demokratie«.⁶³

Auf den ersten Blick scheinen die beiden Anforderungen nicht miteinander vereinbar, denn wie sollte das Fernsehen sich den Machtinteressen der etablierten Parteien gleichzeitig anpassen und ihnen kritisch gegenüber treten? Tatsächlich ist dies möglich, weil, worauf Schatz zu Recht hinweist, die Herrschaftselite der Bundesrepublik Deutschland kein monolithischer Block ist, sondern cum grano salis in zwei konkurrierende Fraktionen zerfällt, die durch eine oligarchische Interaktionsstruktur sowohl miteinander verbunden als auch voneinander getrennt sind.⁶⁴ Kritik zu übernehmen, die das eine Lager am anderen übt, ist deshalb gleichzeitig Anpassung an eines von ihnen. Eine Berichterstattung, die sich darauf konzentriert, die gegenseitige Kritik der Parteien darzustellen oder nachzuahmen, wird insgesamt den Eindruck wachsender Kontrollbereitschaft erwecken; sie ist aber kein Indiz für die Unabhängigkeit des Fernsehens von der Herrschaftselite insgesamt, da sie stets den Interessen einer ihrer Fraktionen entgegenkommt und möglicherweise auf deren Einfluß zurückzuführen ist.

Fernsehjournalisten gehen bewußt oder unbewußt tatsächlich oft diesen bequemen Weg, um mit dem Problem der widersprüchlichen Anforderungen – Anpassungsdruck der Parteien hier und demokratisches Selbstverständnis da – fertigzuwerden, das zeigen die

empirischen Befunde von Ruhland, Schatz und ihren Mitarbeitern, die ich oben zusammengefaßt habe. Diese Befunde widerlegen die Instrumentalisierungsthese zwar nicht grundsätzlich, aber sie zwingen zu einer *tiefgreifenden Differenzierung*, die die Autoren selbst nicht vorgenommen haben.

IM FERNSEHEN MANGELT ES AN INNOVATIVER KRITIK

Wenn die politische Berichterstattung des Fernsehens bevorzugt die Kritik darstellt oder nachahmt, die die etablierten Parteien gegeneinander richten, dann vermitteln die Programme den Rezipienten ein überwiegend negatives Bild von der Herrschaftselite. Die Opposition pflegt das Regierungslager als inkompetent oder fremdbeeinflußt darzustellen und umgekehrt. Ein Fernsehen, das sich auf die kritischen Äußerungen der Politiker übereinander konzentriert, läßt die Politiker also insgesamt als inkompetent oder fremdbeeinflußt erscheinen. Ich habe zu zeigen versucht, daß dies paradoxerweise nicht zuletzt eine Folge der Steuerung des Fernsehens durch die Parteien selbst sein dürfte. Aus dem Blickwinkel demokratischer Wertpostulate kann man dem durchaus eine positive Seite abgewinnen: Auf diese Weise werden jedenfalls keine ideologischen Konfrontationslinien propagiert, die quer zu den aus der gesamtgesellschaftlichen Machtverteilung sich ergebenden Interessenkonstellationen verlaufen und bloß zu unechten Konflikten ohne problemlösende Kraft führen würden.⁶⁵

Allerdings ist die Kritik, die die konkurrierenden Fraktionen der Herrschaftselite aneinander üben, von besonderer Art. Politiker neigen bekanntlich dazu, bestimmte Argumente nicht zu verwenden und bestimmte Themen zu verdrängen. Bei der Kritik am Gegner wird verständlicherweise gern ausgespart, was dem eigenen Lager ebenfalls vorgeworfen werden könnte. Z. B. war der Verdacht, Spitzenpolitiker aller etablierten Parteien hätten vom Flick-Konzern illegale Parteispenden angenommen, im Bundestagswahlkampf 1983 nur für die damals noch nicht etablierten »Grünen« ein Thema. Ein anderes Beispiel sind die Versäumnisse der sechziger und siebziger Jahre beim Umweltschutz, für die Politiker der CDU/CSU, SPD und FDP gleichermaßen verantwortlich sind. Auch hier hält man sich mit Vorwürfen gegeneinander zurück. Ausgespart wird weiterhin gern, was die starke Position der Parteien im parlamentarischen System der Bundesrepublik Deutschland tangieren könnte. Alle Spitzenpolitiker neigen dazu, den Parlamentarismus, wie er gegenwärtig von den veränderbaren Paragraphen des Grundgesetzes konkret ausgestaltet wird, mit der »freiheitlich demokratischen Grundordnung« an sich gleichzusetzen. Veränderungsvorschläge wie der, verstärkt Elemente direkter Demokratie (Volksentscheid, imperatives Mandat usw.) in das repräsentative System einzubauen, werden jenseits des Parteienschwistes einmütig als »undemokratisch« abgetan. Der von den Politikern so genannte »Konsens der Demokraten« ist auch ein Konsens über Themenbereiche, die in der offiziellen politischen Auseinandersetzung möglichst wenig zur Sprache kommen sollen.

Dabei handelt es sich nicht zufällig um Bereiche, in denen tiefliegende Ursachen für die sozialen Probleme der Gegenwart zu suchen sind. Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung oder Nuklearrüstung konnten deshalb bedrohliche Ausmaße annehmen, weil die Entscheidungselite, die diese problematischen Entwicklungen frühzeitig hätte erkennen müssen, um sie wirksam bekämpfen zu können, von der für eine hochkomplexe Industriegesellschaft typischen Zersprengtheit und Abgesperrtheit des aus unmittelbarer Erfahrung

stammenden Wissens nicht nur nicht ausgenommen, sondern sogar besonders betroffen ist. Spitzenpolitiker, welcher Partei sie auch angehören mögen, haben aufgrund ihrer besonderen sozialen Position sowohl das legitime Interesse als auch die legalen Mittel, ihren Alltag und damit einen wichtigen Teil ihrer unmittelbaren Erfahrung nach außen abzuschirmen. Eben weil sie Spitzenpolitiker sind, fehlt ihnen nicht selten das Gespür für problematische Entwicklungen.

Ein anderes Hindernis für problemlösenden Wandel ist das Versickern der von der Gesellschaftsbasis ausgehenden Initiativen in den langen und komplizierten Bahnen, die der Prozeß der politischen Willensbildung in einem repräsentativen parlamentarischen System nimmt. Auch wenn Basisinitiativen anfangs nur von kleinen Minderheiten getragen werden, was angesichts der hochgradigen Komplexität der Gesellschaft kaum überraschen kann, pflegen sie gerade in diesem frühen Stadium außerordentlich wertvolle, weil rechtzeitige Hinweise darauf zu geben, welche Themen intensiver politischer Aufmerksamkeit und Bearbeitung bedürfen. Basisinitiativen könnten eine wichtige Frühwarnfunktion erfüllen, wenn sie von den Politikern in anderer Weise wahr- und ernstgenommen werden müßten, als es in der Bundesrepublik Deutschland der Fall ist.⁶⁶ Es gibt zu denken, daß ein Land wie die Schweiz, in dessen politischem System Elemente direkter Demokratie stärker ausgeprägt sind, mit den sozialen Problemen der Gegenwart offenbar besser fertig wird als vergleichbare Industrieländer.

Einer öffentlichen Kritik zwischen den Fraktionen der Herrschaftselite, die bestimmte Ursachen bedrohlicher Mißstände unbeachtet läßt, mangelt es an der Kraft, sozialen Wandel in Gang zu setzen, der die Lösung dieser Probleme näher brächte. Das wäre kaum bedenklich, solange andere Institutionen diese Aufgabe erfüllen würden, wobei vor allem an die Massenmedien zu denken ist. Wenn aber der öffentlich-rechtliche Rundfunk unter dem Anpassungsdruck der Parteien dazu neigt, sich deren innovationsarme gegenseitige Kritik zu eigen zu machen, mangelt es auch der politischen Berichterstattung im Fernsehen, so kritisch sie sich geben mag, an der für eine hochkomplexe Industriegesellschaft lebenswichtigen Innovationskraft.

Folgende These liegt nahe: Die politischen Fernsehprogramme fördern beim Zuschauer zwar Attitüden, deren Mißtrauen sich in die richtige Richtung wendet: gegen die Herrschaftselite, die es in einer Demokratie wachsam zu kontrollieren gilt; diese Programme verdecken aber gleichzeitig Handlungsziele, deren Verwirklichung eine Lösung der anstehenden sozialen Probleme näherbringen würde. Tatsächlich ist die politische Ratlosigkeit unverkennbar, von der die um sich greifende Parteienverdrossenheit begleitet wird. An beidem dürfte das Fernsehen einen nicht zu unterschätzenden Anteil haben.

Auch wenn dies alles nur tendenziell zutrifft, schaden die Parteien sich durch den Anpassungsdruck auf das Fernsehen unabsichtlich in zweierlei Weise selbst: erstens dadurch, daß sie in der Öffentlichkeit die Bildung eines negativen Images von sich fördern, welches durch die mediale Konzentration auf ihre gegenseitige Kritik zustande kommt; und zweitens dadurch, daß sie die Lösung sozialer Probleme erschweren, durch die sie ihre Kompetenz erweisen könnten.

WIDERSPRÜCHE, FREIRÄUME, OFFENE FRAGEN

Diese Zusammenhänge konnte ich hier freilich nur plausibel machen, aber nicht empirisch überprüfen. Daß sie nicht lückenlos sind, zeigen zwei von Schatz und seinen Mitarbeitern

identifizierte »Karrierethemen«, die in der ARD-Nachrichtensendung »Tagesschau« intensiv und lange behandelt wurden: »Abhöraffaires« (Traube und Stammheim) sowie »KKW-Auseinandersetzungen«. ⁶⁷ Für diesen Befund ist, wie die Autoren selbst bemerken, in ihrem Hegemonialmodell der vollen »Dominanz des politisch-administrativen Systems über das Massenkommunikationssystem . . . an sich kein Platz . . .« ⁶⁸ Aber auch wenn das rigide Hegemonialmodell zu der These von der Konzentration der politischen Berichterstattung auf die innovationsarme Kritik der Parteien aneinander weiterentwickelt wird, muß der Befund zunächst Zweifel erwecken, weil es sich hier um Themen handelt, die auf längere Sicht *alle* Fraktionen der Herrschaftselite »in ungünstigem Lichte, zumindest in defensiver Position« ⁶⁹, erscheinen lassen.

Für ein genaues Verständnis der hier rekonstruierten Zusammenhänge erweisen sich diese Zweifel als produktiv. Sowohl Abhöraffaires als auch Atomkraftwerke sind Gegenstände, die der politische Streit zwischen den Parteien nicht unberührt gelassen hat, die vielmehr gelegentlich sogar eine intensive Rolle darin spielen. Z. B. hat der Hamburger Regierungschef Klose (SPD) gegen den Widerstand der anderen etablierten Parteien und der Energieversorgungsunternehmen offen den Ausstieg der Hansestadt aus dem Bau des Atomkraftwerkes Brokdorf durchzusetzen versucht, was letztlich zu seinem Rücktritt führte. Eine mögliche Erklärung für solches Aufflackern innovativer Themen in der Parteidiskussion ist, daß einige Politiker – wie in diesem Fall Klose – sich um langfristiger Ziele willen über die Sorge um das eigene Image hinwegsetzen und an tabuierte Themen heranwagen. Eine andere Erklärung wäre, daß zunächst die Reichweite bestimmter Vorgänge unterschätzt wird, in die sich am Ende auch die eigene Partei auf kompromittierende Weise verwickelt sieht. Dies ist gerade bei Abhöraffaires und anderen Skandalen leicht vorstellbar.

Hier sind offenbar Ansatzpunkte für Widersprüche gegeben. Die Behauptung, die gegenseitige Kritik der Parteien sei nicht innovativ, ist auf die Annahme angewiesen, daß Politiker Situationen nach einem bestimmten Schema interpretieren. Subjektive Interpretationen bilden sich aber auch im Rahmen der Objektivität eines sozialen Systems keineswegs zwangsläufig heraus, sondern haben Spielräume und sind Fehlerquellen unterworfen, die natürlich auch das Handeln der Fernsehjournalisten mitbedingen, welches auf den Anpassungsdruck der Parteien reagiert. Schatz und Mitarbeiter warnen vor dem voreiligen Glauben an »Restzonen autonomen Handelns« ⁷⁰ in den Rundfunkanstalten, obwohl sie selbst schon wenige Sätze später auf deutliche Unterschiede zwischen den politischen Programmen zweier Anstalten (ARD und ZDF) hinweisen, die demselben Systemkontext angehören und ähnlich organisiert sind. ⁷¹ Der Autorengruppe ist entgegenzuhalten, daß soziale Zwänge niemals lückenlos sind, solange soziale Systeme aus Handlungen bestehen, denen, wie es Max Weber ausgedrückt hat, »subjektiver Sinn« unterliegt. »Zonen autonomen Handelns« gibt es überall, wo Menschen leben; selbst in den Konzentrationslagern hat es sie gegeben, wie der Widerstand in manchen von ihnen beweist.

Um festzustellen, worauf die Karriere der Themen »Abhöraffaires« und »KKW-Auseinandersetzungen« in der »Tagesschau« zurückzuführen war, wäre es aufschlußreich zu wissen, welche Rolle diese Themen zur fraglichen Zeit in der Kritik der etablierten Parteien aneinander gespielt haben, was sich z. B. durch Inhaltsanalysen von Parlamentsreden feststellen ließe. Sollten die beiden Themen gerade zu jener Zeit in der offiziellen politischen

Auseinandersetzung vergleichsweise häufig vorgekommen sein, würde dadurch die Annahme sogar noch bekräftigt, daß das öffentlich-rechtliche Fernsehen sich unter dem Anpassungsdruck der Parteien auf deren gegenseitige Kritik konzentriert. Auch dann bliebe dies freilich nur eine Tendenzaussage, die überdies trotz zahlreicher stützender Befunde in der Literatur weiterer empirischer Überprüfung bedarf. Vielleicht steckt sie ein fruchtbares Terrain für zukünftige Forschungen ab, bei denen man auf die Inhaltsanalyse nicht verzichten kann.

ANMERKUNGEN

Für produktive Kritik danke ich Rainer Geißler. Die Ideen zu dieser Studie sind mir im Zusammenhang unseres Seminars »Politische Sozialisation durch Massenmedien: Inhalte« gekommen, das wir im Sommer 1983 in der Universität/Gesamthochschule Siegen zusammen geleitet haben.

- 1 vgl. z. B. Franz Ronneberger in seiner Rezension von Holger Rust: Struktur und Bedeutung. Studien zur qualitativen Inhaltsanalyse. In: »Publizistik«, 24. Jg. 1981/Heft 4, S. 629.
- 2 Klaus Merten: Inhaltsanalyse. Einführung in Theorie, Methode und Praxis. Opladen 1983. Davor, um nur die wichtigsten Arbeiten zu nennen: Werner Früh: Inhaltsanalyse. München 1981; Holger Rust: Methoden und Probleme der Inhaltsanalyse. Tübingen 1981; Ralf Lisch / Jürgen Kriz: Grundlagen und Modelle der Inhaltsanalyse. Opladen 1978; Manfred Kops: Auswahlverfahren in der Inhaltsanalyse. Meisenheim/Glan 1977; Alexander Deichsel: Elektronische Inhaltsanalyse. Berlin 1975; Jürgen Friedrichs: Methoden empirischer Sozialforschung. Opladen 1973; Jörg Becker / Hans-Joachim Lißmann: Inhaltsanalyse. In: Arbeitspapiere zur politischen Soziologie. München 1973; Jürgen Rüsert: Inhaltsanalyse und Ideologiekritik. Königstein (Ts.) 1972; Winfried Schulz: Inhaltsanalyse. In: Publizistik. Das Fischer Lexikon. Frankfurt/Main 1971; Hansjörg Bessler: Aussagenanalyse. Bielefeld 1970; Renate Mayntz u. a.: Einführung in die Methoden der empirischen Soziologie. Opladen 1969; Gernot Wersig: Inhaltsanalyse. Berlin 1968; Alphons Silbermann: Systematische Inhaltsanalyse. In: Handbuch der empirischen Sozialforschung I. Stuttgart 1967.
- 3 Wichtige Arbeiten: Joachim Kotelmann / Lothar Mikos: Frühjahrsputz und Südseezauber. Die Darstellung der Frau in der Fernsehwerbung und das Bewußtsein von Zuschauerinnen. München 1981; Harald Ulze: Frauenzeitschrift und Frauenrolle. Berlin 1977; Erich Küchenhoff (Hrsg.): Die Darstellung der Frau und die Behandlung von Frauenfragen im Fernsehen. Stuttgart 1975; Alphons Silbermann / Udo Michael Krüger: Abseits der Wirklichkeit. Das Frauenbild in deutschen Schulbüchern. Köln 1971; Ingrid Langer El-Sayed: Frau und Illustrierte im Kapitalismus. Köln 1971.
- 4 Wichtige Arbeiten: Georg Cremer / Hildegard Wenzler: Die armen Primitive – Schüler schreiben über Afrika. In »Blätter des IZ3W«, Nr. 99/1982; Daniel Glass: Die Dritte Welt in der Presse der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt/Main 1979; Jörg Becker: Alltäglicher Rassismus. Die afro-amerikanischen Rassenkonflikte im Kinder- und Jugendbuch der Bundesrepublik. Frankfurt/Main 1977; Konrad Hummel / Hans-Joachim Lißmann: Die Dritte Welt der Zeitungen. In: Erhard Meueler / K. Friedrich Schade (Hrsg.): Dritte Welt in den Medien der Schule. Stuttgart 1977; Horst Pötter: Märchenhaft und gruselig. Die Dritte Welt in der Regenbogenpresse am Beispiel »Bunte«. In: Blätter des IZ3W«, Nr. 61/1977; Karla Fohrbeck u. a.: Heile Welt und Dritte Welt. Medien und politischer Unterricht I: Schulbuchanalyse. Stuttgart 1971; Urs Jaeggi u. a.: Der Vietnamkrieg und die Presse. Zürich 1966; Felix Greene: Listen, Lügen, Lobbies. China im Zerrspiegel der öffentlichen Meinung. Darmstadt 1966.
- 5 Wichtige Arbeiten: Roland Nestler u. a.: Was vom Privatfunk zu erwarten ist. Zur Lokalberichterstattung eines potentiellen Anbieters: z. B. die »Badische Zeitung«. In: »Medium«, Jg. 1983/Nr. 4; Günther Rager: Publizistische Vielfalt in der Region? Ein inhaltsanalytischer Vergleich regionaler Tageszeitungen und des Kurpfalz-Radios. In: »Media Perspektiven«, Jg. 1981/Heft 3; Kaspar Luchsinger u. a.: Strukturen der Lokalberichterstattung. Eine Fallstudie am Pressesystem des Kantons Aargau. Zürich 1981; Wolfgang R. Langenbacher (Hrsg.): Lokalkommunikation. Analysen, Beispiele, Alternativen. München 1980; Klaus Schönbach: Die isolierte Welt des Lokalen. Tageszeitungen und ihre Berichterstattung über Mannheim. In: »Rundfunk und Fernsehen«, Jg. 1978/Heft 3; Horst Haenisch / Klaus Schröter: Zum politischen Potential der Lokalpresse. In: Ralf Zoll (Hrsg.): Manipulation der Meinungsbildung. Opladen 1971; Manfred Knoche / Winfried Schulz: Folgen des Lokalmonopols von Tageszeitungen. In: »Publizistik«, 14. Jg. 1969/Heft 3, S. 298–310.
- 6 Wichtige Arbeiten: Marianne Jabs-Kriegsmann: Zerrspiegel. Der deutsche Illustriertenroman 1950–1977. Stuttgart 1981; Christa Wichterich: Unsere Nachbarn heute abend. Familienserien im Fernsehen. Frankfurt/Main 1979; Dieter Prokop (Hrsg.): Massenkommunikationsforschung, Bd. 3: Produktanalysen. Frankfurt/Main 1977; Bernward Wember: Wie informiert das Fernsehen? München 1976; Hans-Friedrich Foltin / Gerd Würzburg: Arbeitswelt im Fernsehen. Köln 1975; Jürgen Alberts: Massenpresse als Ideologiefabrik. Am Beispiel »Bild«. Frankfurt/Main 1972; Erich Küchenhoff: Bild-Verfälschungen. Frankfurt/Main 1972; Walter Nutz: Die Regenbogenpresse. Opladen 1971; Horst Holzer: Illustrierte und Gesellschaft. Freiburg/Brsg. 1967.
- 7 Wichtige Arbeiten: Hans-Joachim Schneider: Das Geschäft mit dem Verbrechen. Massenmedien und Kriminalität. München 1980; Hans-Joachim Schneider: Kriminalitätsdarstellung im Fernsehen und kriminelle Wirklichkeit. Opladen 1977; Marlene Steinhilbers: Kriminalität im Fernsehen. Stuttgart 1977.
- 8 z. B.: Winfried Schulz: Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien. Freiburg/Brsg. 1976; Horst Pötter: Zum demokratischen Niveau des Inhalts überregionaler westdeutscher Tageszeitungen. Hannover 1980.